

Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich

*Thesenpapier zur Konferenz „Klima & Energie – Macht – Arbeit“
(2.-4. November 2007 in Hamburg)*

Energiepolitik ist Klimapolitik. Das scheint gegenwärtig in allen Parteien und bei der Mehrzahl gesellschaftlicher Akteure Konsens zu sein. Abgesehen von einigen Vertreterinnen und Vertretern der Atom- und Kohleindustrie ist die Notwendigkeit einer Energiewende hin zur vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien bei gleichzeitig sparsamerem und effizienterem Umgang mit den knappen Energieressourcen als eine der wesentlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts allgemein anerkannt.

Klimaschutz wird jedoch oftmals auf Technologiefragen reduziert, wie beispielsweise im Konzept „Ökologische Industriepolitik“ von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Wer wirksamen Klimaschutz will, darf dabei nicht stehen bleiben. Deutlich zur Sprache kommen muss auch, dass mächtige Konzerne die politische Souveränität über die Energiepolitik bedrohen, dass wir unsere Lebensstile kritisch überprüfen müssen und dass die ökologische Frage eng mit der sozialen Frage verwoben ist. Ganz zu schweigen davon, dass eine Militarisierung der Energieressourcensicherung schon lange kein Tabu mehr ist.

Die Linkspartei.PDS hatte in der Vergangenheit immer wieder eigene Analysen und Konzepte vorgelegt: Für die Senkung des Primärenergieverbrauchs durch mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung, für den Ausbau erneuerbarer Energien, für einen Prioritätenwechsel der Energieforschung sowie für ein Umsteuern bei der Ökosteuer und beim Emissionshandel. Diese Vorschläge sind unter anderem in dem Beschluss enthalten, den der Parteivorstand am 4. Dezember 2006 unter dem Titel „Energiesicherheit - gerecht und umweltverträglich“ verabschiedet hat.

Anlässlich ihrer ersten gemeinsamen Konferenz skizzieren Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE in diesem Papier Leitlinien linker Energiepolitik. Übergeordnete Ziele sind der schnelle Ausstieg aus der Atomenergienutzung und die weitgehende Überwindung der fossilen Energiewirtschaft bis Mitte dieses Jahrhunderts. Energie- und Klimapolitik muss darüber hinaus mit Fragen sozialer Gerechtigkeit auf nationaler wie globaler Ebene und mit einer aktiven Friedenspolitik verbunden werden sowie bestehende Machtstrukturen hinterfragen. Die Leitlinien in Kürze:

■ **Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung**

In der Energiewirtschaft bereichern sich so unverschämt wie in kaum einem anderen Wirtschaftsbereich Oligopole auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Strom- und Ölkonzerne blockieren den erwünschten Strukturwandel in Richtung erneuerbarer Energien und sparsamerer Energienutzung. Deshalb sollte die Energieversorgung ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Sie muss gemeinwohlorientiert erfolgen. Schritte in diese Richtung sind eine wirksame Energiepreisaufsicht, die Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand sowie die Abschöpfung der Extraprofiten der Stromversorger aus dem Emissionshandel durch eine Sondersteuer. Ziel muss letztendlich eine Rekommunalisierung der Energieversorgung sein. (vgl. Kapitel I)

■ **Klimaschutz sozial gestalten – Energiearmut verhindern**

Der Klimawandel ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Eine elitäre Umweltpolitik wird scheitern. Eine neue Energiepolitik erfordert ein radikales Umdenken bei den Konsummustern und im persönlichen Verhalten. Sie darf aber nicht zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führen, indem Einkommensschwache von einem angemessenen Maß an bezahlbarer Energie und Mobilität ausgeschlossen werden. Energiearmut von Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten ist kein hinnehmbarer Kollateralschaden

des Klimaschutzes. Die explodierenden Energiepreise müssen sozial abgefedert werden durch Maßnahmen wie die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II und Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Haushalte. Die Ökosteuer, bislang eher eine „Armensteuer“, muss sozial gerecht weiterentwickelt werden. (vgl. Kapitel II)

■ **Klimapolitik ist Menschenrechts- und internationale Strukturpolitik**

Der von Menschen gemachte Klimawandel ist ein fundamentaler Eingriff in die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte großer Bevölkerungsgruppen. Betroffen sind insbesondere die Armen und Machtlosen. Eine Vorreiterrolle Deutschlands auf dem bevorstehenden UN-Klimagipfel in Bali (Dezember 2007) ist nur unter zwei Bedingungen glaubwürdig. Erstens muss das 40%-Minderungsziel für Klimagasemissionen (bis 2020) verbindlich festgelegt werden. Zweitens bedarf es zusätzlicher Zahlungen Deutschlands in die Fonds zur Unterstützung der Opfer des Klimawandels. Langfristig ist für den Erfolg internationaler Klimapolitik eine Orientierung am Leitbild gleicher Nutzungsrechte an der Atmosphäre für jeden Menschen alternativlos. Ohne eigene klimapolitische Glaubwürdigkeit durch aktive Umsetzung der Klima-Ziele werden Schwellenländer sich ihrerseits nicht auf internationale Verpflichtungen einlassen. Klimapolitik bedarf zudem einer Neuausrichtung der Handelspolitik und einer radikalen Wende in der Energiefinanzierung durch die multilateralen Entwicklungsbanken. (vgl. Kapitel III)

■ **Energiewende mit Friedensdividende**

Die zunehmenden Verteilungskämpfe um die schrumpfenden Öl- und Gasreserven sowie die konflikträchtigen Folgen des Klimawandels machen deutlich: Eine Energiewende - weg von fossilen Brennstoffen, hin zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparung - ist nicht nur der wichtigste Baustein im Kampf gegen die Erderwärmung. Sie ist auch die beste friedenspolitische Investition im 21. Jahrhundert. (vgl. Kapitel IV)

Angesichts des Klimawandels ist das bisherige Wohlstandsmodell der Industriemoderne grundlegend zu überprüfen. Bestehende Wohlstandsgefälle werden sonst durch neue Formen globaler ökologischer Apartheid verstärkt. Zur Eindämmung des Klimawandels sind erhebliche Änderungen in den Produktions- und Konsummustern erforderlich. Dazu bedarf es Ressourcen sparender Technologien, aber auch einer Änderung von Lebensstilen. Beides kann nicht allein den Märkten überlassen werden. Damit der Wandel nicht zu einer Vertiefung von sozialen Spaltungen führt, ist ein Primat der Politik unabdingbar. Klimaschutz braucht soziale Akzeptanz. Globaler Frieden braucht Klimaschutz.

I. Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung

Energiekonzerne versuchen seit geraumer Zeit, sich ein „grünes“ Image zu verschaffen. EnBW veranstaltet Klima-Kongresse, BP heißt jetzt „Beyond Petroleum“ und das Deutsche Atomforum fährt eine millionenschwere Werbekampagne für AKWs unter dem Titel „Deutschlands ungeliebte Klimaschützer“. Die Energiekartelle wollen sich als Teil der Lösung präsentieren. Die Rekordgewinne der Konzerne bei gleichzeitig explodierenden Energiepreisen, die bestenfalls stagnierenden Klimagasemissionen und die geplanten Kohlekraftwerke machen jedoch deutlich: Eine soziale und ökologische Energiewende muss die überkommene Struktur der Energiewirtschaft aufbrechen und wird nur gegen erheblichen Widerstand der Mineralöl-, Energie- und Automobilkonzerne durchzusetzen sein.

Spritpreise auf Rekordniveau, steigende Stromtarife und erhöhte Heizkosten sind zur zweiten Miete geworden. Während die Reallöhne in Deutschland seit Jahren stagnieren, steigen die Energiepreise in bisher unbekannte Höhen. Entspannung ist vorerst nicht in Sicht, denn Öl und Gas sind ein immer knapper werdendes Gut.

Doch wer genauer hinsieht, stellt fest, dass sich in den Preisen nicht nur die tatsächliche Ressourcenknappheit oder die staatliche Belastung durch Steuern widerspiegelt. Beim momentanen Ölpreis von über 80 US-Dollar je Fass, ist etwa ein Viertel des Preises auf Spekulationsgewinne zurückzuführen. Hinzu kommen die aberwitzigen Profite der Ölkonzerne. Exxon-Mobile, BP, Shell und Total, die gemeinsam den deutschen Markt beherrschen, haben 2006 zusammen einen Gewinn von 100 Milliarden Euro gemacht. Beim Strom bietet sich ein ähnliches Bild. Die vier Konzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW kontrollieren 80 Prozent der Stromerzeugung und sind gleichzeitig Eigentümer der großen Stromnetze. Mit ihrem „Monopol hinter der Steckdose“ manipulieren sie die Preise und erschweren die Einspeisung erneuerbarer Energien. Jährliche Extraprofite der Stromversorger in Milliardenhöhe entstehen außerdem durch ein neues Instrument in der Klimapolitik, den Emissionshandel – und dies mindestens noch bis zum Jahr 2012.

In der Energiewirtschaft tritt so offen wie in kaum einem anderen Wirtschaftsbereich zu Tage, wie Oligopole sich auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher die Taschen füllen. Die überkommene Struktur behindert zudem den erwünschten Strukturwandel in Richtung regenerativer Energien und damit effektiven Klimaschutz. Ein zukunftsfähiges Energiesystem kann es mit profitorientierten Kartellen nicht geben. Insofern ist der Kampf für eine Energiewende nicht nur klimafreundlich, sondern auch antimonopolistisch. Er fördert regionale Wirtschaftskreisläufe (gerade in strukturschwachen Gebieten) und schafft in erheblichem Umfang neue Arbeitsplätze.

Die Bundesregierung tut wenig, um die gegenwärtige Situation zu ändern. Im Gegenteil: Manche Politikerin und mancher Politiker der Großen Koalition ist den Konzernen verpflichtet und schützt die Energiekartelle zulasten der Bürgerinnen und Bürger. So wurde die staatliche Aufsicht über die Strom- und Gaspreise beseitigt und die Voraussetzung für den Bau weiterer kohlebefeuerter Großkraftwerke geschaffen.

Die Bundesregierung handelt auch in Brüssel wie eine Lobbyistin der vier großen Stromkonzerne. Die EU-Kommission will die Kartellstruktur des Strommarktes aufbrechen, vor allem durch eine eigentumsrechtliche Trennung der Stromnetze von der Stromerzeugung. Dass die Kommission ihre von nahezu allen EU-Ländern unterstützte Forderung schließlich entschärfte, ist vor allem auf die Intervention der Bundesregierung zurückzuführen.

Statt die überfällige Trennung von Stromnetzen und Stromerzeugung zu vollziehen, hat sich die Bundesregierung einer fragwürdigen, sogenannten Anreizregulierung verschrieben, die ab Januar 2009 für mehr Kosteneffizienz im Netzbetrieb sorgen soll. Die Anreizregulierung benachteiligt jedoch kleinere Stadtwerke gegenüber großen Netzbetreibern und ist ausschließlich auf Kostenreduzierung zu Lasten von Versorgungsstabilität, Verbraucherfreundlichkeit und Umweltverträglichkeit ausgerichtet. Sie klammert soziale Faktoren aus, ist ein eklatanter Eingriff in die Tarifautonomie und behindert Investitionen zu Gunsten einer zukunftsgerechten Energieversorgung.

Die Einnahmen der Stadtwerke werden sinken und entsprechend ist mit einem flächendeckenden Arbeitsplatzabbau zu rechnen. Gefährdet sind dadurch auch kommunale Leistungen der Daseinsvorsorge, die bislang durch den Querverbund aus den Gewinnen der kommunalen Stromversorger finanziert werden. Es droht eine neue Konzentrationswelle, da die Anreizregulierung vielen der rund 800 kleinen Stromversorger das Genick brechen könnte. Gewinner wären einmal mehr die „Großen Vier“ RWE, Eon, Vattenfall und EnBW.

DIE LINKE Position

─ Effektive Energiepreisaufsicht (wieder) einführen

Mit Auslaufen der „Bundestarifordnung Elektrizität“ im Juni 2007 besteht – abgesehen von den Netznutzungsentgelten – keinerlei Preisaufsicht für Strom- und Gasstarife. Die Energieversorger haben seitdem willkürliche Preiserhöhungen vorgenommen. Die abgeschaffte Strompreiskontrolle gemäß „Bundestarifordnung Elektrizität“ muss umgehend wieder eingesetzt und entsprechende Regelungen für Gasstarife eingeführt werden. Die Preisaufsicht soll auf alle Verbrauchertarife Strom und Gas ausgeweitet werden.

─ Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand

Das Strom- und das Gasnetz bilden als Infrastruktur für die leitungsgebundene Energieversorgung ein natürliches Monopol. Wettbewerb durch konkurrierende Netze ist weder ökonomisch noch technisch sinnvoll. Auch eine vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung kann den Charakter der Netze als natürliches Monopol nicht auflösen. Es bedarf daher einer direkten gesellschaftlichen Kontrolle der Netze, um Preismissbrauch zu verhindern und eine zukunftsgerechte Ausrichtung der Energieversorgung sicherzustellen. Dieses Ziel ist nur durch eine Vergesellschaftung der Strom- und Gasnetze zu erreichen.

─ Extraprofite der Stromkonzerne aus dem Emissionshandel abschöpfen

Bis mindestens 2012 werden die im Rahmen des Emissionshandels vergebenen Emissionsrechte aufgrund von EU-Vorgaben zum größten Teil kostenlos an Stromversorger und energieintensive Industrie vergeben. Durch die Einpreisung dieser Emissionsrechte in den Strompreis kassieren die Stromkonzerne jährliche Extraprofite in Milliardenhöhe auf Kosten privater Haushalte und Unternehmen. Außerdem wird das eigentliche Ziel des Emissionshandels tendenziell ins Gegenteil verkehrt: Statt saubere Energieerzeugung oder emissionsarme Gaskraftwerke voranzutreiben, werden klimaschädliche Kohlekraftwerke geplant. DIE LINKE fordert daher eine Sondersteuer für Stromkonzerne („windfall profit tax“), um die ungerechtfertigten und für falsche Zwecke verwendeten Mitnahmegewinne abzuschöpfen.

─ Rekommunalisierung der Energieversorgung

Die Konzentration im Energiesektor wurde durch die seit 1998 vollzogene Liberalisierung der deutschen Strommärkte verstärkt. Waren die Stadtwerke vorher durch Demarkationsverträge und langfristige Lieferverträge an die großen Energieversorger gebunden, sicherten sich diese ihren Absatz von Strom und Gas nun über Beteiligungen an Regionalversorgern und Stadtwerken. Während privatwirtschaftliche Energiekonzerne auf die Steigerung des Energieverbrauchs und höchstmögliche Renditen zielen, können Stadtwerke im öffentlichen Eigentum eine soziale und ökologische Energiepolitik verwirklichen. Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die Realisierung von Energieeinsparungen und eine direkt auf die örtlichen Bedürfnisse abgestimmte Energienutzungsplanung liegen im unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interesse kommunaler Energieversorger. DIE LINKE unterstützt deshalb die Rekommunalisierung von Stadtwerken und die verstärkte Eigenversorgung von Kommunen. Dezentrale Energieversorgung unterstützt den Klimaschutz und schafft Arbeit vor Ort.

II. Klimaschutz sozial gestalten – Energiearmut verhindern

In der Debatte um eine zukunftsfähige Energiepolitik geht es meist um den scheinbaren Widerspruch von Ökonomie und Ökologie, den es aufzulösen gelte. Es wird viel von Nachhaltigkeit gesprochen, doch die soziale Frage wird dabei oft außer Acht gelassen. Paradebeispiel dafür ist eines der zentralen Projekte rot-grüner Umweltpolitik: die Ökosteuer. Die steuerliche Belastung durch höhere Energiepreise traf alle, die Entlastung kam aber über niedrigere Sozialversicherungsbeiträge nur Unternehmen und gutbezahlten Beschäftigten zugute, nicht aber Geringverdienerinnen und -verdienern oder den Empfängerinnen und Empfängern von Sozialhilfe oder ALG II, nicht den Studierenden und den Rentnerinnen und Rentnern. „Dies ist keine Ökosteuer, sondern eine Armensteuer“, schrieb damals sogar der Vertreter eines Umweltverbandes.

Eine neue Energiepolitik erfordert auch ein radikales Umdenken bei den Konsummustern und im persönlichen Verhalten. Sie darf aber nicht zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führen, indem Einkommensschwache von einem angemessenen Maß an bezahlbarer Energie und Mobilität ausgeschlossen werden. In diesem Sinne sind nicht nur die oligopolistischen Strukturen der fossil-atomaren Energiewirtschaft Ziel unserer Kritik. Wir treten auch einer elitären Umweltpolitik entgegen, die Energiearmut von Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten als hinnehmbaren Preis für den Klimaschutz verbucht. Energie- und Klimapolitik darf nicht zu sozialer Ausgrenzung führen.

DIE LINKE Position

▀ Arbeitslosengeld II auf 435 Euro erhöhen

Die gegenwärtigen ALG II-Sätze verhindern weder Armut noch sichern sie gesellschaftliche Teilhabe. Die Stromrechnungen sind aus den ALG II-Regelsätzen zu zahlen. Vielen Privathaushalten wurde nach Auskunft von Schuldnerberatungsstellen und Sozialverbänden der Strom abgestellt, da sie nicht in der Lage waren, die Rechnungen zu begleichen. Der ALG II-Satz ist nicht zuletzt deshalb auf 435 Euro anzuheben.

▀ Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Haushalte

Haushalte mit niedrigem Einkommen geben nach Auskunft des Bundes der Energieverbraucher bereits ein Zehntel ihres Monatseinkommens für Haushaltsenergie aus. Die Energiekostenrechnung entwickelt sich zur zweitgrößten Ausgabeposition einkommensschwacher Haushalte. Für wohngeldberechtigte Haushalte müssen die Heizungs- und Warmwasserkosten erstattungsfähig werden.

▀ Stromsozialtarif einführen

Nicht nur ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger, auch andere einkommensschwache Haushalte leiden unter gestiegenen Strompreisen. Energieversorger müssen daher gesetzlich verpflichtet werden, einen Stromsozialtarif für Privathaushalte mit geringem Einkommen einzuführen.

▀ Ökosteuer sozial gerecht fortentwickeln

Eine Weiterentwicklung der Ökosteuer muss die negativen Umverteilungswirkungen des jetzigen Ökosteuer-Modells korrigieren. Ein Teil des Aufkommens aus der Öko-Steuer könnte beispielsweise für die kontinuierliche Anpassung von staatlichen Transferleistungen an steigende Ökosteuersätze bzw. Energiepreise verwendet werden. Parallel bedarf es einer sozialen Flankierung der Strukturbrüche durch den ökologischen Umbau. Alternativ wäre auch das Modell eines Ökobonus denkbar. Dabei würde das Aufkommen der Ökosteuer am Jahresende gleichmäßig an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben. Nur Menschen mit überdurchschnittlichem Energie- und Ressourcenverbrauch würden „netto“ draufzahlen. Einkommensschwache Bevölkerungsschichten weisen in der Regel einen unterdurchschnittlichen Verbrauch auf, sie werden also von der Ökobonus-Zahlung profitieren.

III. Klimapolitik ist menschenrechts- und internationale Strukturpolitik

Die Folgen des vom Menschen verursachten Klimawandels werden meist durch abstrakte Zahlen ausgedrückt. Über den erwarteten Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur oder des Meeresspiegels wird berichtet und über die monetär erfassbaren volkswirtschaftlichen Schäden. Dabei gerät oft in Vergessenheit, dass sich hinter diesen Zahlen Existenz gefährdende Änderungen für die Lebensbedingungen vieler Menschen verbergen. So treffen erhöhte Temperaturen und das Abschmelzen von Gletschern nicht nur die Wintersport treibende globale Mittelklasse. Für Millionen Menschen geht es um das nackte Überleben.

Betroffen sind insbesondere die Armen und Machtlosen. Denn für die Verwundbarkeit einzelner Regionen und Menschen ist nicht nur die geographische Lage wichtig. Es geht auch um die finanziellen und technischen Kapazitäten der Bevölkerung, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Meterhohe Dammbauten gegen die Fluten des ansteigenden Meeresspiegels könnten sich vielleicht Deutschland und Holland leisten, jedoch kaum Indien oder Bangladesch. Die Begrenzung des Klimawandels ist nicht nur eine Frage der Ökologie. Der Klimawandel ist auch ein Angriff auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte großer Bevölkerungsgruppen – eine Bedrohung, die seit 150 Jahren von den Emissionen in den wohlhabenden Teilen der Welt ausgeht.

Eine Halbierung der globalen Treibhausgasemissionen bis Mitte dieses Jahrhunderts gegenüber 1990 ist notwendig, soll das Schlimmste verhindert werden. Eine Fortschreibung des Kyoto-Protokolls über das Jahr 2012 hinaus muss deutlich anspruchsvollere Ziele umfassen und den Kreis der verpflichteten Länder erweitern. An diesem Punkt wird Verteilungsgerechtigkeit zur notwendigen Bedingung globalen Klimaschutzes. Denn kein Schwellen- oder Entwicklungsland wird sich freiwillig auf die Übernahme von Klimaschutzziele einlassen, wenn die bestehende Ungleichheit in der Nutzung der Atmosphäre dadurch fortgeschrieben würde.

Für viele dieser Länder ist eine Begrenzung ihrer Emissionen zugleich eine Restriktion ihres Entwicklungspotenzials. Sie fürchten, dass sie der Leiter beraubt würden, mit der sie ein ähnlich hohes Wohlstandsniveau wie die Industrieländer erreichen könnten. Im Zentrum globaler Klimaschutzpolitik müssen daher gerechte und transparente Regeln für die Zuerkennung von Emissionsrechten stehen. Alternativlos ist dabei das Leitbild: Jeder Mensch auf der Erde hat dasselbe Recht an der Nutzung der Atmosphäre. Für die Industrieländer bedeutet dieses Gleichheitsprinzip, dass vor allem sie – und sie als erste – ihre Emissionen drastisch senken müssen.

Viele Folgen des Klimawandels lassen sich auch bei Umsetzung ambitionierter Ziele nur noch begrenzen, aber nicht mehr gänzlich verhindern. Eine an den Menschenrechten orientierte Klimapolitik impliziert daher nicht nur eine Begrenzung der globalen Emissionen, sondern auch die Unterstützung von Menschen bei der Anpassung ihrer Lebensräume und Lebensstile. Dabei geht es um so unterschiedliche Dinge wie die Erhöhung von Deichen, die Nicht-Besiedelung gefährdeter Gebiete oder die Verbesserung der medizinischen Grundversorgung. Die erforderliche Unterstützung der besonders verwundbaren Menschen und Regionen ist dabei nicht nur ein Akt der internationalen Solidarität, sondern auch der historischen Verantwortung der Industrieländer, die mit ihren Emissionen der letzten 150 Jahre das Problem hervorgebracht haben.

Auf dem anstehenden UN-Klimagipfel in Bali (3.-14. Dezember 2007) muss die Bundesregierung ihre selbst proklamierte Vorreiterrolle endlich durch konkrete Maßnahmen untermauern. Rhetorische Spielereien in Sonntagsreden haben wir genug gehört. Die Industrieländer müssen ihre klimapolitische Glaubwürdigkeit demonstrieren, bevor sie Forderungen an andere stellen. Die Entwicklungsländer erwarten klare Zusicherungen statt warmer Worte.

Die internationale Klimapolitik allein auf den Kyoto-Verhandlungsprozess zu konzentrieren, wäre aber falsch. Entscheidend sind auch die richtigen Weichenstellungen in der internationalen Strukturpolitik. Solange es profitabler ist, Krabben aus Schottland in Thailand puhlen zu lassen, um sie dann in Schottland wieder auf den Markt zubringen, wird es rasante Zuwachsraten im globalen Güterverkehr geben. Die Kontinente umspannenden Wertschöpfungsketten verursachen ein zunehmendes Güterverkehrsaufkommen und entsprechend steigende CO₂-Emissionen. Zugleich entziehen sich international tätige Konzerne sozialen und ökologischen Standards, in dem sie Standorte und ganze Länder gegeneinander ausspielen. Eine Neuausrichtung der Handelspolitik ist daher zentrale Voraussetzung für eine Energiewende auf globaler Ebene. Ohne eine Abkehr vom Paradigma der Liberalisierung wird jedes Kyoto-Folgeabkommen schnell an seine Grenzen stoßen.

Darüber hinaus müssen die multilateralen Entwicklungsbanken wie auch die Industriestaaten die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern grundlegend ändern, vor allem im Energie- und Rohstoffbereich. Die Weltbank vergibt trotz öffentlichkeitswirksamer Bekenntnisse zur Förderung erneuerbarer Energien nach wie vor nur einen kleinen Teil ihrer Energiekredite für dezentrale erneuerbare Energien und Energieeffizienzprogramme. Ungeachtet ihres eigenen *Extractive Industries Review* von 2004, das

ein Auslaufen der Finanzierung von Öl- und Kohlevorhaben bis 2008 vorsah, hat die Weltbank gerade in den beiden letzten Jahren ihre Investitionen in fossile Energieprojekte enorm gesteigert – die Ausgaben für Erneuerbare Energien stagnierten.

Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die eigene Exekutivdirektoren bzw. -direktorinnen ins Exekutivdirektorium der Weltbank entsenden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist gegenüber dem deutschen Exekutivdirektor weisungsbefugt und kann so direkt Einfluss auf die Geschäftspolitik der Weltbank nehmen. Diesen Einfluss muss die Bundesregierung dafür nutzen, dass endlich eine konsequente Wende in der Energiefinanzierung eingeleitet wird und eine klimafreundliche Energiepolitik mit einer sinnvollen Entwicklungspolitik verzahnt werden kann.

Doch auch die Förderung erneuerbarer Energien birgt Fallstricke. Die für Deutschland angestrebten Quoten für den Einsatz von Biokraftstoffen würden das Potential der hiesigen Anbauflächen deutlich übersteigen. Sie lassen sich demnach nur erreichen, wenn massiv Biokraftstoffe oder Biomasse importiert werden. In den Ländern des Südens bringt der Produktionsboom bei biogenen Treibstoffen aber schon jetzt gravierende ökologische und soziale Probleme mit sich. Die steuerliche und andere Förderung von biogenen Treibstoffen muss vor diesem Hintergrund überprüft werden. Außerdem muss hinterfragt werden, ob und wie eine Einschränkung des Imports auf solche biogenen Treibstoffe, die umwelt- und sozialverträglich erzeugt werden, zu erreichen ist.

DIE LINKE Position

40%-Ziel verbindlich festlegen und durch Sofortprogramm untersetzen

Deutschland muss sich vor der UN-Klimakonferenz in Bali (Dezember 2007) verbindlich verpflichten, die nationalen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Emissionsniveau von 1990 zu reduzieren. Zugleich muss ein nationales Sofortprogramm für Klimaschutz aus klaren ordnungsrechtlichen Vorgaben (Tempolimit, Verbot von Stand-by-Schaltungen u.a.), Investitionsförderungen (Energiesparfonds u.a.) und verbesserten Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung geschnürt werden. Die auf der Kabinettsklausur in Meseberg beschlossenen Eckpunkte der Bundesregierung reichen bei weitem nicht aus, um das -40 Prozent-Ziel zu erreichen. DIE LINKE hat im April 2007 ein solches Maßnahmenpaket in den Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 16/5129).

Arme und Verwundbare beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels unterstützen

Die bisher zugesagten Zahlungen in die drei UN-Fonds, mit denen die Anpassung von Entwicklungsländern an den Klimawandel unterstützt werden soll, sind vor Bali zu verdoppeln. Auch dies ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, hätte jedoch symbolische Wirkung. Für die besonders vom Klimawandel gefährdeten Regionen und Menschen muss es darüber hinaus einen erweiterten Finanzierungsrahmen geben. Deutschland sollte die Verhandlungen über ein entsprechendes Abkommen vorantreiben.

Radikale Wende der Energiefinanzierung in der Entwicklungszusammenarbeit

Die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit muss mehr Mittel für die Förderung regenerativer Energien und eines sparsamen Umgangs mit Energie in den Partnerländern bereit stellen. Die Finanzierung beziehungsweise Absicherung von fossilen Energie- und großen Staudammprojekten muss auslaufen. Wir brauchen eine echte Wende in der Energiefinanzierung durch die Weltbank und andere multilaterale Banken. Deutschland muss seinen Einfluss für die Abkehr von der Finanzierung fossiler Energieprojekte geltend machen. Die Weltbank muss – wie auch der Internationale Währungsfonds – unter das Dach der UNO gestellt werden.

Neuausrichtung der Handelspolitik

Die internationale Wirtschafts- und Handelspolitik muss im Sinne einer fairen, sozialen und ökologischen Entwicklung neu ausgerichtet werden. Die Politik permanenter Liberalisierungen – ob im Rahmen der WTO oder der EU-Handelspolitik – hat für Millionen Menschen verheerende Folgen. Die WTO ist einer grundlegenden Reform zu unterziehen, die Doha-Runde muss endgültig aufgegeben werden. Neue Ansätze für eine Regionalisierung von Wertschöpfungsketten sind zu entwickeln.

Neue Energiepartnerschaften: Fair und nachhaltig

Energiepartnerschaften, die den Handel von Energieträgern mit Perspektiven für eine internationale Sozialpolitik verknüpfen, sind zu unterstützen und zugleich in Richtung einer ökologischen Energiewende weiterzuentwickeln. Beispielhaft ist eine Initiative der ecuadorianischen Regierung. Ecuador will auf eine Erschließung von Öllagerstätten in Regenwaldregionen verzichten, wenn die internationale Gemeinschaft – insbesondere die Industrieländer – das Land über einen bei der UNO angesiedelten Treuhandfonds dafür teilweise entschädigt.

IV. Energiewende mit Friedensdividende

Der Verteilungskampf um fossile Energieressourcen, insbesondere um den Zugang zu Öl und Gas, hat aufgrund einer stetig steigenden globalen Nachfrage bei gleichzeitig schrumpfenden Vorräten eine neue Qualität erreicht. Schon heute ist eine Militarisierung der Energieaußenpolitik unübersehbar. Die USA führen nicht nur Angriffskriege im ölfreuen Nahen und Mittleren Osten, sondern bauen auch in Westafrika ihre militärische Präsenz aus. Auf der Inselrepublik Sao-Tome und Principe im Golf von Guinea plant Washington eine Militärzentrale für die Region. Der Grund des US-Engagements: Bis zu 16 Prozent des von den USA eingeführten Erdöls kommen aus dieser Region, Tendenz steigend.

Energiefragen werden immer mehr zum Gegenstand internationaler Konflikte. Die aktuelle Eiszeit zwischen Washington und Ankara geht nicht zuletzt auf eine verstärkte Kooperation zwischen der Türkei und dem Iran im Gassektor zurück, und der erneute Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine wurde gerade erst beigelegt. Der neuerdings entbrannte Wettlauf um die Territorialrechte am Nordpol zwischen Kanada, Dänemark, Russland und den USA ist ein weiteres Beispiel. Die vermuteten Ressourcen wecken so große Begehrlichkeiten, dass einige Anrainerstaaten bereits ihre Marineverbände in der Region aufrüsten.

Auch Deutschland schließt militärische Optionen zur Sicherung der Energieversorgung nicht aus. Schon 1992 erklärten die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr den „ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen [...] zum vitalen Sicherheitsinteresse“ Deutschlands. Auch das 2006 veröffentlichte „Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ enthält die Aussage, dass die Energieversorgung notfalls durch den Einsatz der Bundeswehr zu gewährleisten sei.

Der Kampf um preisgünstige Rohstoffe führt zu merkwürdigen, teilweise grotesken Konstellationen in der Außenpolitik. Rohstoffreiche Diktaturen werden hofiert, Staaten mit ergiebigen Öl- und Gasvorkommen erhalten weit mehr Entwicklungshilfe als wirklich bedürftige Länder. Wenn das allein nicht reicht, wird der Druck auf rohstoffreiche Länder erhöht, damit sie ihre Märkte für Investoren aus den EU-Ländern öffnen. So soll beispielsweise die im Juni 2007 vorgestellte „Strategie für eine neue Partnerschaft der EU mit Zentralasien“ angeblich „Good Governance“ in der Region fördern, in Wahrheit dient sie jedoch vor allem der verstärkten Energiezusammenarbeit.

In einem Geflecht aus multilateralen, regionalen und bilateralen Investitionsabkommen werden den Unternehmen der Industrieländer häufig umfangreiche Klagerechte gegen politische Entscheidungen der Gastländer eingeräumt. Ebenso häufig werden die Rechte der in den Gastländern lebenden Menschen von diesen Abkommen eingeschränkt. Die Entwicklungsperspektive der Rohstoffländer bleibt, ebenso wie die Menschenrechtssituation, häufig unberücksichtigt.

Der Klimawandel fügt diesen Konfliktkonstellationen neue hinzu. Ohne ein entschiedenes Gegensteuern wird er bereits in den kommenden Jahrzehnten die Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften überfordern. Daraus könnten Gewalt und Destabilisierung entstehen. Die Sicherheit wäre – national wie international – in einem bisher unbekanntem Ausmaß bedroht. Bestehende „Umweltkrisen“ wie Dürren, Wasserknappheit und Bodendegradation werden verschärft, Landnutzungskonflikte verstärkt und zusätzliche Migrationsbewegungen ausgelöst, wie derzeit im Süd-Sudan. In anderen Regionen, vor allem in Asien, werden durch den steigenden Meeresspiegel neue Konflikte entstehen. Sollte sich eine konsequente globale Energiewende nicht durchsetzen und die Erderwärmung weiter drastisch ansteigen, könnte im Extremfall sogar der Amazonasregenwald austrocknen und der asiatische Monsun ausbleiben. Dies hätte unkalkulierbare Auswirkungen auf ganze Kontinente. Nationale und internationale Verteilungskonflikte würden den Zerfall ohnehin fragiler Staaten beschleunigen.

Aus all diesen Gründen ist die Energiewende – weg von Öl und Kohle, hin zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparung – nicht nur der wichtigste Baustein im Kampf gegen die Erderwärmung. Der Wandel des Energiesystems ist auch eine friedenspolitische Investition. Die von einschlägigen Interessengruppen vorangetriebene Renaissance der Kernenergie, die weltweit zum Bau neuer Atomkraftwerke führen soll, darf hierbei keine Rolle spielen. Die dabei entstehenden Proliferationsrisiken sind sicherheitspolitischer Irrsinn, will man die Verbreitung von Atomwaffen tatsächlich eindämmen.

Zur Gewährleistung einer ausreichenden fossilen Energieversorgung für die Übergangszeit müssen internationale Institutionen und Verfahren entwickelt werden, um die Verteilung knapper werdender Ressourcen konfliktfreier und gerechter zu regeln und der Militarisierung auf diesem Gebiet entschieden entgegenzutreten.

DIE LINKE Position

■ **Energiewende statt Krieg um Rohstoffe**

Die weiterhin bestehende Fixierung der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf fossile Energieträger wird imperiale Tendenzen in der Außenpolitik verstärken. Zu befürchten ist, dass dieser Prozess wachsenden Einfluss auf die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nehmen wird, die sich bereits in den letzten Jahren militarisiert hat. Dieser Entwicklung ist entgegenzutreten: Von Europa darf kein „Krieg um Rohstoffe“ ausgehen.

■ **Friedensdividende bei Klimaschutz beachten**

Öffentliche Gelder zur Friedenssicherung sind besser angelegt in Forschung und Förderung erneuerbarer Energien und eines geringeren Energieverbrauchs als im Verteidigungshaushalt. Schwerpunkte sollten dabei regional verfügbare erneuerbare Energieträger sein. Insbesondere bei der „Bioenergie“ ist darauf zu achten, dass sie nachhaltig und ohne negative Folgen für die Nahrungsmittelproduktion erzeugt wird und keine (sub)tropischen Wälder dafür zerstört werden.

■ **Soziale und ökologische Entwicklung statt liberalisierter Rohstoffmärkte**

Auch die „friedliche“ Ausbeutung der Rohstoffe in Entwicklungsländern führt oft zu erheblichen sozialen und ökologischen Problemen und behindert eine eigenständige Entwicklung. Insbesondere die Investitionsschutzabkommen, die politische und soziale Rechte zugunsten der Profite der Privatwirtschaft beschneiden, spielen eine fatale Rolle. Hier bedarf es eines Moratoriums bezüglich aller Vereinbarungen internationaler Organisationen oder der Industrieländer (OECD, WTO, NAFTA, EU), die eine weitere Liberalisierung und Deregulierung zur Forcierung von Direktinvestitionen beinhalten.

■ **Länderübergreifende Solarenergieprojekte als Beitrag zum Frieden**

Länderübergreifende Projekte zur gemeinsamen Nutzung regenerativer Energieträger können einen wertvollen Beitrag zu einer friedlichen Entwicklung in Konfliktregionen leisten. Entsprechende Pilotprojekte wären beispielsweise im Mittelmeerraum (Israel/Palästina) mit Unterstützung der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit zu entwickeln bzw. zu intensivieren.

Angesichts des Klimawandels ist das bisherige Wohlstandsmodell der Industriemoderne grundlegend zu überprüfen. Bestehende Wohlstandsgefälle werden sonst durch neue Formen globaler ökologischer Apartheid verstärkt. Zur Eindämmung des Klimawandels sind erhebliche Änderungen in den Produktions- und Konsummustern erforderlich. Dazu bedarf es Ressourcen sparender Technologien, aber auch einer Änderung von Lebensstilen. Beides kann nicht allein den Märkten überlassen werden. Damit der Wandel nicht zu einer Vertiefung von sozialen Spaltungen führt, ist ein Primat der Politik unabdingbar. Klimaschutz braucht soziale Akzeptanz. Globaler Frieden braucht Klimaschutz.

Parlamentarische Aktivitäten – Auswahl

- „Keine Weltbankkredite für Atomtechnologie“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 20. Juni 2006, Drucksache 16/1961.
- „Energiepreiskontrolle sicherstellen“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 5. September 2006, Drucksache 16/2505.
- „Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 21. September 2006, Drucksache 16/2678.
- „Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Privathaushalte ermöglichen“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 8. Oktober 2006, Drucksache 16/3351.
- „Klares Signal für die „Kyoto II“-Verhandlungen auf der UN-Klimakonferenz in Nairobi setzen!“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 8. Oktober 2006, Drucksache 16/3026.
- „Trendwende beim Klimaschutz im Verkehr - nachhaltige Mobilität für alle ermöglichen“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 28. Februar 2007, Drucksache 16/4416.
- „Nationales Sofortprogramm und verbindliche Ziele für den Klimaschutz festlegen“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 25. April 2007, Drucksache 16/5129.
- „Steigerungen der Energiekosten – Auswirkungen auf die Realeinkommen von SGB-II- und SGB-XII-Beziehenden“, Antwort auf Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 22. März 2007, Drucksache 16/4785.
- „Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen und -bezieher ohne Strom“, Antwort auf Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 8. Mai 2007, Drucksache 16/5224.

Sonstige Dokumente

- „Energiesicherheit - gerecht und umweltverträglich“, Beschluss des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS vom 4. Dezember 2006.
- „Für soziale und umweltgerechte Energiepreise“, Broschüre der Bundestagsfraktion DIE LINKE.
- Tourismuspolitische Leitbilder. REISEN FÜR ALLE. Für sozial gerechten, barrierefreien und ökologisch verantwortbaren Tourismus.

Weitere Informationen unter <http://www.linksfraktion.de/energie>
<http://die-linke.de/politik/themen/energiepolitik>.

DIE LINKE.

Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel.: 030/240090, Fax: (030) 24 11046
Email: bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de
V.i.S.d.P. Dietmar Bartsch, MdB
Bundesgeschäftsführer

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/22751170, Fax: 030/22756128
Email: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktionsschluss: 26. Oktober 2007